

## Neue Publikation „Alle sollen teilhaben – Wie Kreise und kreisfreie Städte mit Integrationskonzepten ungleichwertige Lebensverhältnisse abbauen wollen“

Berlin, 19. August 2021

**In fünf Wochen stimmen die Deutschen über einen neuen Bundestag ab. Angesichts stark gesunkener Einwanderungszahlen spielen Migration und Integration im Vergleich zu 2017 in diesem Wahlkampf kaum eine Rolle. Dabei sehen laut Politbarometer Ende Juli elf Prozent der Bevölkerung Integration und Flucht als wichtigstes Problem an. Es steht an dritter Stelle nach Corona-Pandemie und Klimakrise. Die nächste Bundesregierung wird wie ihre Vorgängerinnen wichtige Leitlinien der Integrationspolitik vorgeben. Ob und wie die Menschen am Gemeinwesen teilhaben und somit in die Stadt- oder Dorfgesellschaft integriert sind, entscheidet sich aber vor allem in den Kommunen.**

Über die Hälfte der 401 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland gehen Integration und Teilhabe bereits systematisch an. So haben 221 von ihnen ein Integrationskonzept oder inhaltlich gleichwertiges Papier erstellt. Dies geht aus einer aktuellen Untersuchung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hervor. Die von der Stiftung Mercator geförderte Publikation „Alle sollen teilhaben“ untersucht, wie Landkreise und kreisfreie Städte ihre Integrationsarbeit gestalten und gleichzeitig die Teilhabechancen vor Ort mit in den Blick nehmen.

Besonders in der Stadt sind Integrationskonzepte bereits die Regel. In den letzten fünf Jahren ist aber auch auf dem Land ein Wandel zu beobachten. „Seit der hohen Fluchtzuwanderung 2015/16 sehen auch ländliche Kreise Integration zunehmend als wichtige Aufgabe und entwickeln hier umfassende Strategien“, sagt Adrián Carrasco Heiermann, Projektleiter und Mitautor der Publikation. „Auch dort, wo die Landespolitik Anreize wie Fördergelder bereitstellt und der Lokalpolitik beratend zur Seite steht, sind abseits der Großstädte vermehrt Integrationskonzepte entstanden.“ Das ist etwa in Nordrhein-Westfalen der Fall, wo alle Landkreise und kreisfreien Städte nach der Einführung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes im Jahr 2012 neue Konzepte entwickelt haben. Liegt ein Integrationskonzept vor, fördert das Land hier sogenannte Kommunale Integrationszentren. Diese koordinieren und unterstützen die Integrationsarbeit vor Ort.

### **Integrationskonzepte sollen die Teilhabe insgesamt fördern**

Kreise und Gemeinden halten in den Konzepten Leitlinien und konkrete Maßnahmen für die lokale Integrationsarbeit fest. Dabei stellen 149 der untersuchten Konzepte klar, dass es ihnen bei Integration im Kern um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen geht. Sie legen ihrer Arbeit also ein teilhabeorientiertes Integrationsverständnis zugrunde. Mehr als die Hälfte dieser Integrationskonzepte nennen Arbeit, Bildung, Sprache, Wohnen und Gesundheit als wichtige Handlungsfelder. Kreise und Städte fragen sich etwa, wie sie Menschen besser zu einer ihrer Qualifikation entsprechenden Beschäftigung verhelfen oder allen Kindern gleiche Chancen auf einen guten Abschluss bieten können.

In ihren jeweiligen Handlungsfeldern nehmen sich die Landkreise und kreisfreien Städte einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor. So erhalten etwa Verwaltungsmitarbeiter:innen Schulungen zur interkulturellen Kompetenz, es entstehen Nachbarschaftszentren für alle und mancherorts setzt sich die Gemeinde für niedrigere Ticket-Preise im öffentlichen Nahverkehr ein. Damit reagiert die Politik auf die ungleichen Teilhabechancen von Eingewanderten, ihren Nachkommen und alteingesessenen Bewohner:innen zugleich. „Eine teilhabeorientierte und inklusive Ausrichtung der Integrationsarbeit

kann so auch in Regionen mit geringen Teilhabechancen eine Verbesserung der Lebensbedingungen für viele Menschen anstoßen“, erklärt Carrasco Heiermann. „Aber gerade dort fehlen entsprechende Konzepte noch häufig, weil ländliche Kreise insgesamt seltener mit Integrationskonzepten arbeiten. Das Potenzial ist also lange noch nicht ausgeschöpft.“

### **Auf Konzepte sollten Taten folgen**

Bei vielen Konzepten klaffen Anspruch und Wirklichkeit jedoch noch weit auseinander. Sie richten sich mit ihren Maßnahmen nach wie vor zunächst an Zugewanderte oder lassen offen, ob auch andere Gruppen davon profitieren könnten. „Dabei sollte teilhabeorientierte Integrationsarbeit allen zugutekommen“, sagt Thomas Nice, Mitautor der Studie. Integration bedeutet dann nicht mehr, dass sich die Einzelnen in eine vermeintlich homogene Aufnahmegesellschaft eingliedern, sondern dass alle Bewohner:innen durch gleichberechtigte Teilhabe am Gemeinwesen zusammenwachsen.

Zugleich können teilhabeorientierte Konzepte eine wichtige Bewältigungsstrategie im demografischen Wandel sein. „Die Konzepte schaffen einen Rahmen dafür, dass neu Zugewanderte gut in der Stadt oder auf dem Dorf ankommen“, meint Nice. „Gleichzeitig bieten sie Angebote für all diejenigen, die ebenfalls Unterstützung benötigen.“ Langfristig können sie so helfen, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern und zugleich die Attraktivität der Gemeinden zu steigern – durch ein Klima, das neue Mitbürger:innen willkommen heißt und Alteingesessene am Ort hält.

### **Das Papier steht Ihnen kostenfrei auf der Website des Berlin-Instituts zur Verfügung.**

Bei Rückfragen helfen wir Ihnen gern weiter:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung  
Schillerstr. 59  
10627 Berlin

Ansprechpartner:

Adrián Carrasco Heiermann ([heiermann@berlin-institut.org](mailto:heiermann@berlin-institut.org), Tel.: 030 31 10 26 98) und  
Thomas Nice ([nice@berlin-institut.org](mailto:nice@berlin-institut.org), Tel.: 030 31 01 77 67)

Stiftung Mercator

Huyssenallee 40

45128 Essen

Ansprechpartnerin:

Anna Dieterle ([Anna.Dieterle@stiftung-mercator.de](mailto:Anna.Dieterle@stiftung-mercator.de), Tel.: 0201-24 52 28 15)

### **Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung**

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org).

## Stiftung Mercator

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung, die auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung handelt. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Um diese Ziele zu erreichen, fördert und entwickelt sie Projekte, die Chancen auf Teilhabe und den Zusammenhalt in einer diverser werdenden Gesellschaft verbessern. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa will die Stiftung Mercator durch ihre Arbeit stärken, die Auswirkungen der Digitalisierung auf Demokratie und Gesellschaft thematisieren und den Klimaschutz vorantreiben. Die Stiftung Mercator engagiert sich in Deutschland, Europa und weltweit. Dem Ruhrgebiet, Heimat der Stifterfamilie und Stiftungssitz, fühlt sie sich besonders verbunden.

[www.stiftung-mercator.de](http://www.stiftung-mercator.de)

[www.aufuhr-magazin.de](http://www.aufuhr-magazin.de) – Das Magazin der Stiftung Mercator